

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport** der Stadt Burgdorf am **24.09.2013** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5

17.WP/SchKuSpo/012

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:43 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Braun, Hartmut

stellv. Vorsitzender

Zschoch, Mirco

Mitglied/Mitglieder

Gersemann, Christiane
Meinig, Birgit
Peters, Kai
Rheinhardt, Michael
Ruser, Horst
von Oettingen, Gero

Grundmandatar/e

Obst, Wolfgang

stellv. Mitglied/Mitglieder

Schulz, Kurt-Ulrich Vertretung für Frau Gabriele Heldt

Elternvertreter

Eggers, Günter - einschließlich TOP 5 18.48 Uhr -

Lehrervertreter

Oerke, Annette - einschließlich TOP 5 18.48 Uhr -

Schülervertreter

Ramadani, Valon

Beratendes Mitglied für den Bereich Sport

Runge, Alfred - bis 19.40 Uhr -

Vertreter des Seniorenrates

Westphal, Gerlinde

Gast/Gäste

Dittmann, Uwe Schulleiter Grund- und Hauptschule I
Kotlenga, Monika Schulleiterin Prinzhornschule Burgdorf
Lütjen, Karin Schulleiterin Realschule Burgdorf
Schrader, Karl-Ludwig Antragsteller zu TOP 6

Verwaltung

Barm, Henry
Baxmann, Alfred
Beneke, Ernst-August
Franzke, Daniela
Heuer, Stefan
Kugel, Michael

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
- 1.1. Wahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 17.06.2013
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen lt. Geschäftsordnung

Schulangelegenheiten

5. Gründung einer IGS in Burgdorf
Vorlage: 2013 0438

Kultur- und Sportangelegenheiten

6. Wiedereinbau der Bronzewegweiser
- Antrag des FDP-Ratsmitgliedes Karl-Ludwig Schrader vom 14.07.2013 -
Vorlage: 2013 0413
- 6.1. Wiedereinbau der Bronzewegweiser
- Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B´90/Die Grünen vom 11.09.2013-
Bezugsvorlage: 2013 0413
Vorlage: 2013 0413/1
7. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Braun eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste. Anschließend bedankte sich **Herr Braun** bei **Herrn Obst** für die geleistete Arbeit als Ausschussvorsitzender.

Die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit wurde von **Herrn Braun** festgestellt. Die Tagesordnung soll um einen Punkt 1.1 Wahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden erweitert werden, so **Herr Braun**. Die Änderung der Tagesordnung erfolgte einvernehmlich.

Herr Schulz stellte den Antrag, dass zum Tagesordnungspunkt 5 **Frau Lütjen** und **Herr Dittmann** als Sachverständige ein Rederecht erhalten. Dem Antrag wurde einvernehmlich entsprochen.

1.1. Wahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden

Herr Peters schlug **Herrn Zschoch** als stellvertretenden Ausschussvorsitzenden vor. Andere Wahlvorschläge gab es nicht. Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport wählte einstimmig **Herrn Mirco Zschoch** zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden. **Herr Zschoch** nahm die Wahl an.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 17.06.2013

Herr Zschoch merkte an, dass eine Aussage zu Tagesordnungspunkt 5 durch **Herrn Frenzel-Früh** so nicht getätigt wurde. Es gebe die Übergangsmöglichkeit, eine Schule an mehreren Standorten unterzubringen. Jedoch könne diese Möglichkeit nicht längerfristig sein. Der Klammerzusatz sei daher zu streichen.

Die Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 17.06.2013 wurde mit vorgenannter Änderung bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

- a) Die Schulleiterstelle des Gymnasiums Burgdorf wurde zwischenzeitlich mit Herrn Loske besetzt, so **Herr Beneke**.
- b) Des Weiteren informierte **Herr Beneke**, dass an der Hauptschule im Schuljahr 2012/13 8 Hauptschulabschlüsse nach der 9. Klasse, 3 Sekundarabschlüsse I (Hauptschulabschluss), 19 Sekundarabschlüsse I (Realschulabschluss) und 4 erweiterte Sekundarabschlüsse I erreicht wurden.

4. Anfragen lt. Geschäftsordnung

K E I N E

Schulangelegenheiten

5. Gründung einer IGS in Burgdorf Vorlage: 2013 0438

Herr Kugel führte aus, dass die Vorlage das Ergebnis der Interessenabfrage an der Errichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) eindeutig widerspiegelt. Die Niedersächsische Landesschulbehörde teilte mit, dass die Planungsgruppe aus 6-8 Lehrerinnen und Lehrern bestehen werde und hierzu ein internes Ausschreibungsverfahren stattfinde. Die Arbeit könne die Planungsgruppe in überschaubarer Zeit nach Antragstellung aufnehmen. Weiterhin informierte **Herr Kugel** über den Brief der Realschule vom 20.09.2013 zur Errichtung einer IGS. Dieser Brief wurde an die Ratsfraktionen, die Mitglieder des Schulausschusses und an den Bürgermeister versendet.

Frau Lütjen führte den Inhalt des Briefs vom 20.09.2013 aus. Die Realschule trage eine künftige IGS mit. Damit diese neue Schulform in Burgdorf erfolgreich sein könne, bedürfe es einer guten Planung. Das vorgesehene Zeitfenster zur Errichtung einer IGS ab dem Schuljahr 2014/15 werde daher für eine sorgfältige pädagogische Planung als zu eng angesehen. Die pädagogische Konzeption müsse eine Profilbildung ausweisen, welche längerfristig Bestand habe und nicht kurzfristig überarbeitet werden muss. Auch die in der Vorlage dargestellte Raumsituation werde für eine IGS als zu eng angesehen. Der Gebäudekomplex „Realschule“ müsse für die Anforderungen einer IGS umgerüstet und ausgestattet werden. Die Umgebung einer Schule sei wichtig für die Lernmotivation.

Herr Dittmann stellte grundsätzlich fest, dass eine IGS für Burgdorf Sinn mache. Für das aktuelle Schuljahr musste **Herr Dittmann** an der Hauptschule zwei Jahrgänge mangels Schülern zusammenlegen. Fraglich sei, ob das vorgesehene Zeitfenster mit allen Erfordernissen zur Errichtung einer IGS realisiert werden könne. Hier sei ein Beginn zum Schuljahr 2015/16 sinnvoller, um die erforderliche Vorplanung und Konzeptentwicklung sorgfältig durchführen zu können.

Herr Ruser sieht alle Voraussetzungen für eine IGS als erfüllt an. Die Elternbefragung habe ein klares Votum ergeben, welches es im Sinne der Kinder umzusetzen gilt. Auch müsse die IGS nicht neu erfunden werden. Räumlichkeiten seien vorhanden. Insbesondere könne eine IGS von der Realschule profitieren. Hier zählte **Herr Ruser** die vieljährige OGS-Erfahrung, gute pädagogische Konzepte, die starke Schulsozialarbeit sowie den funktionierenden Mensabetrieb auf. Durch einen Vertreter der Niedersächsischen Landesschulbehörde sei in der Sitzung am 17.06.2013 die Errichtung einer IGS in 2014 als realisierbar dargelegt worden.

Herr Schulz warf die Frage auf, ob die Lehrerschaft bei dem Projekt mitgenommen werden sollte. Dies halte er für sinnvoll. Von daher sollten die Bedenken der Schulen berücksichtigt und eine Errichtung der IGS erst in 2015 angestrebt werden. Auch sei fraglich, ob die Verwaltung noch die erforderlichen personellen Ressourcen bei den gegenwärtig zu bewältigenden Projekten zur Verfügung stellen könne.

Frau Lütjen erfragte, ob ein pädagogisches Konzept der Antragstellung beigefügt werden müsse. Dies verneinte **Herr Kugel**.

Herr Obst hält es für sinnvoll, sich nicht in Zugzwang zu bringen. Der Zeitraum für die Planung sei gegenwärtig zu knapp bemessen. Auch müsse ein künftiges Raumkonzept vorliegen.

Herr Zschoch stellte fest, dass die Entscheidung über die Errichtung einer IGS eine weitreichende für den Bildungsstandort Burgdorf sei. Es seien noch viele Fragen ungeklärt und offen. Insbesondere die finanziellen Aspekte und die Raumsituation eines solchen Vorhabens seien noch nicht bzw. noch nicht ausreichend diskutiert worden. Daher habe die CDU-Fraktion grundsätzliche Bedenken.

Unter Hinweis auf das Umfrageergebnis konstatierte **Frau Gersemann**, dass die Erwartungshaltung der Eltern hoch sei. Aus dieser Betrachtungsweise sei eine kurzfristige Errichtung in 2014 keine falsche Entscheidung. Jedoch könne sie die Argumentation der Schulen nachvollziehen. Es bedürfe zum Gelingen eines guten pädagogischen Konzepts und einer ausreichenden sächlichen und räumlichen Ausstattung.

Herr Eggers zeigte sich über den Grundkonsens erfreut. Die am Ort vorhandenen Schulformen und deren Qualität seien wesentliche Standortfaktoren für die Wohnsitzentscheidung. Von daher sollte man sich die erforderliche Zeit für die Planungen nehmen. Wenn die IGS gut geplant werde, könne sich eventuell sogar eine Fünfüzigkeit ergeben.

Herr Ruser erfragte, was der Schulträger nach Antragstellung noch für Aufgaben für die IGS zu erfüllen habe. **Herr Baxmann** erwiderte, dass sich aufgrund des pädagogischen Konzepts Aufgaben ergeben werden. Zu gegebener Zeit werde er sich hierzu äußern.

Des Weiteren führte **Herr Baxmann** aus, dass die IGS eine vernünftige, zum Gymnasium korrespondierende Schulform sei. Es benötige eine Lehrerschaft, die das Modell mittrage und entwickle. Von daher sollte der Zeitfaktor nicht zu eng gelegt werden. In Richtung CDU-Fraktion warb **Herr Baxmann** dafür, die IGS nicht abzulehnen, sondern vielmehr diese fundamentale Änderung in der Burgdorfer Schullandschaft mitzutragen.

Sitzungsunterbrechung von 18.08 Uhr – 18.17 Uhr.

Herr Ruser stellte nach der Sitzungsunterbrechung den Antrag, den Beschlussvorschlag in den Ziffern 3, 5 und 6 dahingehend zu ändern, dass die Jahreszahl 2014/15 durch 2015/16 ersetzt werde.

Herr Zschoch erneuerte die Auffassung, dass die CDU-Fraktion auch mit dieser Änderung dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen könne. Die finanziellen Auswirkungen seien nicht geprüft. Die Auswirkungen auf den Bestand des Gymnasiums seien unklar. Die IGS brauche einen zentralen Standort. Offen sei auch, was es für die städtischen Finanzen bedeute, wenn sich eine Fünf- oder Sechszüigkeit für die IGS ergebe. Daher halte er zum jetzigen Zeitpunkt eine solch weitreichende Entscheidung zu treffen für fahrlässig. Die Sanierung der anderen Schulgebäude werden künftig erhebliche Investitionsmaßnahmen erfordern.

Herr Eggers verdeutlichte, dass sich die Eltern nicht die Abschaffung des Gymnasiums wünschten. Vielmehr wünschten sich die Eltern eine bessere

Entscheidungsmöglichkeit für die Schullaufbahn ihrer Kinder. Durch die quasi nicht vorhandene Durchlässigkeit nach oben werde sehr früh im Leben der Kinder eine prägende Entscheidung getroffen. Es sei richtig, dass mit der Errichtung einer IGS Kosten entstehen, so **Herr Eggers**. Investitionen stünden jedoch im Schulbereich in jedem Fall an. Die Frage sei nur, wie die Investitionen verteilt werden. Es könnten sich auch Einsparungen, so zum Beispiel durch den Wegfall des Hauptschulgebäudes, ergeben.

Frau Kotlenga stellte fest, dass die IGS eine Schulform sei, in der die Inklusion schon integriert ist. Künftig würden die Förderschulen Lernen zu Förderzentren. Gegenwärtig sei fraglich, ob es in Burgdorf ein Förderzentrum geben werde. Daher wäre die Errichtung einer IGS ideal.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass es einen strategischen Zielkatalog gebe. Burgdorf solle ein Bildungsstandort mit einem breitgefächerten Bildungsangebot sein. Dafür spreche die Errichtung einer IGS. Investitionen in die Schulgebäude seien in einem erheblichen Maße erforderlich, um die Schulen unabhängig von der Errichtung einer IGS zukunftsfähig zu machen. Eine IGS werde nicht teurer als die erforderlichen Investitionen in Hauptschule, Realschule oder Gymnasium.

Herr Peters vermisste die Risikoabwägung und die Diskussion um die finanziellen Auswirkungen. Insbesondere eine mögliche Fünzfügigkeit stelle den Standort Realschule mit dem vorhandenen Raumbestand in Frage. Daher halte er eine Grundsatzentscheidung zum jetzigen Zeitpunkt für zu früh und übereilt.

Herr Zschoch führte aus, dass es aus seiner Sicht keine bildungspolitische Grundsatzdiskussion sei. Eine IGS werde grundsätzlich befürwortet. Für eine IGS könne die CDU aber nur stimmen, wenn die finanziellen Auswirkungen für die Stadt bekannt seien.

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport fasste bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung **mehrheitlich** folgenden empfehlenden

Beschluss:

- 1) Die im Rahmen der Elternbefragung zur Ergründung des Interesses an der Errichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) in Burgdorf vom Bürgermeister vorgenommene Auswertung der erhobenen Daten wird festgestellt.
- 2) Zudem wird festgestellt, dass das Ergebnis der Elternbefragung den Bedarf an der Errichtung einer IGS in Burgdorf für den Prognosezeitraum von 10 Jahren belegt.
- 3) Die Errichtung einer IGS (Sekundarstufe I, aufsteigend ab Klasse 5) zum Schuljahresbeginn 2015/2016 wird bei der für die Genehmigung zuständigen Landesschulbehörde beantragt.
- 4) Die IGS wird am Standort Vor dem Celler Tor 91 (heutige Realschule) eingerichtet.
- 5) Ab Beginn des Schuljahres 2015/2016 werden keine Schülerinnen und Schüler in der 5. Jahrgangsstufe in die Hauptschule eingeschult.
- 6) Ab Beginn des Schuljahres 2015/2016 werden keine Schülerinnen und Schüler in der 5. Jahrgangsstufe in die Realschule eingeschult.

Kultur- und Sportangelegenheiten

6. **Wiedereinbau der Bronzewegweiser** **- Antrag des FDP-Ratsmitgliedes Karl-Ludwig Schrader vom 14.07.2013** **-** **Vorlage: 2013 0413**

Die Tagesordnungspunkte 6 und 6.1 wurden zusammen behandelt.

Herr Schrader erläuterte zunächst seine Beweggründe für die Antragstellung. Aus der Bevölkerung habe er einen erheblichen Zuspruch zum Wiedereinbau des Wegweisers erfahren.

Herr Braun erläuterte den Ergänzungsantrag. Dieser solle eine vermittelnde Position einnehmen. Durch die Umkehr der Pfeile solle dokumentiert werden, woher die Flüchtlinge nach Burgdorf kamen. Ein Hinweisschild solle über die geschichtlichen Zusammenhänge informieren.

Herr Obst plädierte dafür, den Wegweiser wieder vor dem Rathaus I einzubauen. Die Gründe, die zum Ausbau geführt haben, seien für ihn nicht nachvollziehbar. Auch wurden mit dem Wegweiser keine revisionistischen Ziele verfolgt. Er diene lediglich der Erinnerung an die Vertriebenen.

Herr Schulz trug vor, sich die Kompromisslösung an der Kirche, wie von Herrn Schrader beantragt, vorstellen zu können.

Herr Zschoch stellte den Antrag, den Wegweiser wieder vor dem Rathaus I einzubauen und mit einem Hinweisschild zu versehen.

Herr Braun informierte, dass für einen Wiedereinbau Kosten entstehen. Die Kosten müssten über Spenden finanziert werden. **Herr Schrader** erläuterte seine Auffassung, dass es keine Einbaukosten gebe bzw. diese bereits im Rahmen des Innenstadumbaus veranschlagt gewesen sein müssten.

Anschließend ließ **Herr Braun** über die vorliegenden Anträge abstimmen:

1. Einbau Wegweiser vor dem Rathaus I mit Infotafel

Der Antrag wurde mit 3 Ja- und 6 Neinstimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

2. Einbau Wegweiser Kirche mit Pfeilrichtung Osten

Der Antrag wurde mit 4 Ja- und 5 Neinstimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

3. Einbau Wegweiser Kirche mit Pfeilrichtung Westen und Infotafel

Der Antrag zu 3 wurde mit 6 Ja- und 3 Neinstimmen **mehrheitlich angenommen**.

Somit fasste der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport mehrheitlich folgenden empfehlenden

Beschluss:

- 1) Der Bronzewegweiser wird im Stadtzentrum auf dem Spittaplatz im Os-

ten der Kirche zwischen der großen Friedensglocke und der Bank unter den Bäumen wieder eingebaut.

- 2) Die Pfeilspitzen des Wegweisers werden in umgekehrter Richtung (auf Burgdorf zeigend) eingebaut.
- 3) Zur Auskunft zu den geschichtlichen Hintergründen, zur Benennung der heutigen polnischen oder russischen Städtenamen und zum Sinn der heutigen Aussage wird eine Info-Tafel in der Nähe des Wegweisers aufgestellt.

**6.1. Wiedereinbau der Bronzewegweiser
-Änderungsantrag der Fraktionen SPD und B´90/Die Grünen vom
11.09.2013-
Bezugsvorlage: 2013 0413
Vorlage: 2013 0413/1**

Der Tagesordnungspunkt wurde mit TOP 6 zusammen behandelt.

7. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

K E I N E

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner forderte **Herrn Baxmann** auf, seine bisherigen Aussagen zum Ablauf des Ausbaus des Wegweisers zu revidieren. Es sei falsch, dass aus technischen Gründen ein Wiedereinbau des Wegweisers vor dem Rathaus I nicht möglich war.

Eine Einwohnerin echauffierte sich, dass die Entscheidung zum Ausbau und nicht Wiedereinbau des Wegweisers alleine durch **Herrn Baxmann** getroffen wurde, und dies lediglich aus Anlass des Schützenfestes. **Herr Baxmann** führte aus, dass es in der Tat technische Zwänge gewesen seien, die eine kurzfristige Entscheidung des Bürgermeisters erforderlich machten.

Ein weiterer Einwohner erfragte, warum der Wegweiser politisiert werde und warum die Pfeile in die entgegengesetzte Richtung zeigen sollen. Die Vertriebenen seien keineswegs freiwillig nach Burgdorf gekommen, sondern wurden zugewiesen.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführer